



PIRATENGRUPPE

IM RAT DER STADT KÖLN

An den Ausschussvorsitzenden
Herrn Dr. Unna

An den Oberbürgermeister
Herrn Jürgen Roters

Thomas Hegenbarth

Lisa Gerlach

Rathaus - Spanischer Bau

50667 Köln

Tel.: +49 (221) 221 - 25541

Mail: Thomas.Hegenbarth@stadt-koeln.de

Mail: Lisa.Gerlach@stadt-koeln.de

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 22.04.2015

AN/0681/2015

Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Gesundheitsausschuss	05.05.2015

Übernahme der Kosten für Verhütung und Schutz für Hartz IV-Bezieher

Sehr geehrter Herr Dr. Unna,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Antragsteller bitten Sie, folgende Anfrage auf die kommende Sitzung des Gesundheitsausschusses aufzunehmen:

Der Gesundheitsausschuss möge beschließen:

1. Die Stadtverwaltung Köln prüft, ob und in welchem Umfang es möglich ist, die Kosten für Verhütungsmittel für Leistungsbezieher nach SGB II und SGB XII zu übernehmen.
2. Die Stadtverwaltung soll dem Gesundheits- und Sozialausschuss bis zum Weltverhütungstag am 2. September 2015 einen Bericht über die Prüfung vorlegen. Begründung:

In Deutschland leben etwa 80.000 Menschen mit dem HI-Virus. Immer wieder infizieren sich Menschen neu: laut Angaben des Robert-Koch-Instituts 3.200 im Jahr 2013. Aber im besonderen Maße nehmen die Fälle von sogenannten klassischen Geschlechtskrankheiten zu. Auch die Zahl der Chlamydien-Infektionen steigt: Schätzungen zufolge erkranken in Deutschland pro Jahr rund 300.000 Frauen neu an einer Chlamydien-Infektion. Der einzige effektive Schutz vor sexuell übertragbaren Infektionen (STI) ist Verhütung. Daher sollte jeder Mensch ein Recht auf Zugang zu Verhütungsmitteln haben.

Allerdings stehen im derzeit geltenden Regelsatz für Hartz IV lediglich 17,16 Euro zur Gesundheitspflege zur Verfügung. Von diesem Geld bleibt nicht viel übrig, da auch Zuzahlungen für Medikamente davon beglichen werden müssen. Bis zur Einführung von Hartz IV am 1. Januar 2005 bekamen bedürftige Frauen die Pille auf Rezept. Befürchtungen verschiedener Initiativen wurden bestätigt: Seit 2005 verzichten immer mehr Menschen in prekären finanziellen Verhältnissen auf Verhütung. Pro Familia stellt in diesem Zusammenhang auch eine Zunahme von ungewollten Schwangerschaften fest und veröffentlichte vor ein paar Jahren eine Umfrage, nach der die Zahl der regelmäßig verhütenden Hartz IV-Empfängerinnen von 67 % auf 30 % gesunken ist.

München, Flensburg, Münster und einige weitere Kommunen haben reagiert und übernehmen die Kosten für Verhütungsmittel für Hartz-IV-Empfänger. In München hatten im dortigen Gesundheitsausschuss alle Parteien Anfang 2014 geschlossen für die Übernahme gestimmt. Das Recht auf Verhütung ist Teil eines menschenwürdigen Existenzminimums und sollte allen Menschen einkommensunabhängig zur Verfügung stehen.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

Gez. Thomas Hegenbarth

gez. Lisa Hanna Gerlach